

# Das dicke Ende der Energiewende

Forscher, deren Arbeit vom Bund finanziert wird, fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten

Von Alex Reichmuth, Bern

Sie sei «schon etwas baff» über gewisse Gegenargumente, sagte Doris Leuthard letztes Jahr vor der Abstimmung über das neue Energiegesetz. «Manche Behauptungen sind einfach Unsinn», so die Bundesrätin. Es ging damals um das erste Paket zur Umsetzung der Energiestrategie 2050, die der Bund nach dem AKW-Unfall in Fukushima aufgegleist hatte. Nebst dem Verzicht auf die Atomkraft sieht die Strategie vor, den Energiekonsum pro Kopf um satte 43 Prozent zu reduzieren.

Die Gegner der «Energiewende» hatten vor jährlichen Zusatzkosten von über 3000 Franken pro Haushalt und vor «staatlicher Umerziehung und Bevormundung» gewarnt. Die Energieziele seien nur mit Verzicht und Einschränkungen umzusetzen. Solche Aussagen entbehrten jeglicher Realität, entgegnete Stefan Batzli vom Verein «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050» in Übereinstimmung mit Leuthard. Das Volk hiess das Energiegesetz im Mai schliesslich mit 58 Prozent Ja gut.

## Zwei Millionen Franken pro Jahr

Vor wenigen Tagen hat nun eine Gruppe von Psychologen, Ökonomen und Marketingforschern ein sogenanntes Weisspapier veröffentlicht, in dem sie Empfehlungen geben, wie der Energiekonsum von Haushalten durch gezielte Beeinflussung der Bevölkerung verringert werden kann. Es handelt sich um eine Publikation des Competence Center for Research in Energy, Society and Transition. Der Bund finanziert dieses Kompetenzzentrum mit mehr als zwei Millionen Franken pro Jahr. Gezeichnet haben das Papier 14 Professoren, Dozenten und Assistenten von Schweizer Hochschulen unter der Leitung von Paul Burger, Leiter des Fachbereichs Nachhaltigkeitsforschung der Universität Basel.

Ob Energieministerin Leuthard angesichts der Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe erneut «baff» ist, ist nicht bekannt. Anlass zu Stirnrunzeln geben die Tipps aber auf jeden Fall. «Die bisher unternommenen Bemühungen zur Effizienzsteigerung reichen (...) nicht aus, um eine substanzielle Reduktion des Energieverbrauchs zu erzielen», halten die Autoren eingangs fest. Der Weg, um den Energiekonsum bis 2050 um 43 Prozent pro Kopf zu reduzieren, sei «noch immer lang und steinig».



Hohe Kosten, viel Verzicht. Was Doris Leuthard im Abstimmungskampf als «Unsinn» abtat, könnte bald Realität sein. Foto Key

Den angestrebten Zielen stünden das Wachstum der Bevölkerung, die Zunahme von Einpersonenhaushalten und der Einsatz von immer mehr elektrischen Geräten im Weg. Zudem existierten in der Bevölkerung «wichtige Barrieren zur Realisierung von Effizienzpotenzialen», wie etwa «schwierig aufzubrechende Routinen, fehlendes Wissen, Werthaltung oder Emotionen». Um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen, seien darum Anstrengungen notwendig, «die weit über diejenigen hinausgehen, die bisher im Gesetz formuliert sind». Die Schweiz müsse auf «Reduktionsprogramme» setzen, wird im Papier gefordert. Es werden Möglichkeiten diskutiert, um die Bevölkerung zu manipulieren, damit sie Energie spart.

Mit der Reduktion des Verbrauchs verringere sich «nicht zwingend» die Lebensqualität, schreiben die Autoren. Ein Drittel der Energie in Haushalten werde heute ohne Nutzen verbraucht,

etwa wegen der Standby-Funktionen von Geräten oder dem Beheizen unbenutzter Räume. Zudem zeige die Forschung, «dass ein Mehr an monetärer bzw. materieller Ausstattung ab einem gewissen Niveau die Menschen nicht wirklich glücklicher macht». Es gebe «Grenzen» punkto individueller Lebensweisen, denn die Energieversorgung sei «wenigstens partiell ein öffentliches Gut». Das legitimiere den Staat, auf eine Reduktion des Energieverbrauchs in den Haushalten hinzuwirken, steht im Papier.

«Die Menschen nutzen oft (...) vereinfachte Denkstrategie», stellen die Autoren mit paternalistischer Attitüde fest. Unter anderem seien Werte, soziale Normen und Emotionen der Grund für inkonsequentes Energieverhalten. Im Weisspapier empfehlen sie darum einerseits «zielgruppenspezifische Massnahmen». Die Bevölkerung sei in «Segmente» zu unterteilen, etwa punkto Alter, Einkommen, Charakter

oder sozialer Gruppen, und diese Segmente müssten gezielt angesprochen werden.

Weiter brauche es «informationsbasierte Ansätze». In Frage kämen regelmässige Rückmeldungen zum persönlichen Energieverbrauch, etwa mittels Smart-Meters, sowie «Vergleiche zu Nachbarn/Peers». «Informationen sollten auch hervorstechen, beispielsweise mittels sinnlicher Reize», schreiben die Autoren, ohne konkreter zu werden. Feedbacks an die Energiekonsumenten sollten wenn möglich mit Vorschlägen zur Verbrauchsreduktion verbunden sein.

## Bürger sollen «gestupst» werden

Wichtig seien zudem sogenannte Nudges, zu Deutsch «Stupser». Darunter werden Massnahmen verstanden, die sparsames Verhalten ohne Zwang begünstigen – etwa indem Elektrizitätswerke ihren Kunden standardmässig sogenannten Ökostrom liefern,

oder dass bei Printern die Option «zweiseitig drucken» voreingestellt ist.

Weiter schlägt das Weisspapier Kantonen und Kommunen vor, auf «Mittelpersonen» zu setzen. Vereinsfunktionäre, Hilfswerksvertreter oder Laufbahnberater könnten auf vielerlei Weise Einfluss auf Individuen nehmen. Städte sollten etwa mit Sportvereinen zusammenarbeiten, um die Nutzung von Velos statt Autos bei Freizeitaktivitäten zu fördern. Lebensereignisse wie der Beginn eines Studiums oder der Wechsel der Arbeitsstelle böten ebenfalls «Gelegenheiten für Veränderungen von Routinen».

Berater bei solchen Entscheidungen «haben oft eine Vertrauensposition inne und können deswegen als Mittelpersonen Möglichkeiten für ein energieeffizienteres Verhalten vermitteln» – etwa punkto Wahl des Wohnorts oder der Wohnform, hält das Papier fest. Bei der Einflussnahme durch Mittelpersonen sei das «spassreiche Erfahrbarmachen von Neuem» wichtig. Sollten solche Massnahmen umgesetzt werden, ist man also im Kontakt mit aufgestellten Sporttrainern oder flotten Berufsberatern nie sicher, ob man nicht Agenten des Staates vor sich hat, die für das Energiesparen missionieren.

## Doch noch ein Bananen-Verbot?

Es handelt sich beim Weisspapier nicht um den ersten Versuch, die Umerziehung der Bevölkerung mit Bundesmitteln zu propagieren. Vor drei Jahren hat der Schweizerische Nationalfonds auf Geheiss des Bundesrats das millionenschwere Nationale Forschungsprogramm «Steuerung des Energieverbrauchs» (NFP 71) gestartet. Auch dort wird «erforscht», mit welchen Psychotricks die Bevölkerung dazu gebracht werden kann, Energie zu sparen. Es geht im NFP 71 unter anderem um Informationskampagnen, preisliche Anreize und den Einsatz von Gruppendruck.

Die Bevölkerung reagiert erfahrungsgemäss aber ablehnend auf Indoktrination. Versuche zur Bevormundung scheitern in der Regel. Möglicherweise setzt der Bund am Ende darum doch auf Vorschriften statt auf subtile Verhaltenslenkung, um die radikalen Energieziele durchzusetzen. Vielleicht ist die Warnung der Gegner des Energiegesetzes, nach einem Ja könnte der energieintensive Import von Bananen verboten werden, doch nicht aus der Luft gegriffen.

## Nachrichten

### USR: Ueli Maurer will keine Volksabstimmung

Bern. Finanzminister Ueli Maurer (SVP) erachtet die Reform der Unternehmenssteuern (USR) als so dringend, dass die Verzögerung durch eine weitere Volksabstimmung der Schweiz grossen Schaden zufügen würde. Dies sagte der SVP-Bundesrat in Interviews mit der NZZ am Sonntag und der SonntagsZeitung. Rechtsunsicherheit sei schlecht für die Wirtschaft. Die Gefahr bestehe, dass es keine Investitionen mehr gebe. Er habe die Vorlage abgespeckt. Im März bringe er sie in den Bundesrat. Ein Referendum würde seiner Meinung nach ein Signal aussenden, wonach die Schweiz nicht zuverlässig sei und kein gutes Umfeld biete. SDA

### SP Frauen einstimmig gegen Burkaverbot

Bern. Die SP Frauen haben sich an ihrer Mitgliederversammlung am Samstag einstimmig gegen die Burka-Initiative ausgesprochen. Dies, obwohl es aus feministischer Sicht durchaus auch Argumente für ein Ja gebe. Die Versammlung sei sich einig gewesen, dass die Burka oder der Nikab «Ausdruck einer patriarchalen Machtstruktur ist» und deshalb abzulehnen sei, teilten die SP-Frauen am Sonntag mit. Doch das Problem könne nicht über Kleidervorschriften in der Verfassung gelöst werden. SDA

### Dublin-Verordnung wird strikter angewendet

Bern. Europäische Staaten haben im letzten Jahr so viele Gesuche zur Rückübernahme von Asylsuchenden an die Schweiz gestellt wie noch nie seit Inkrafttreten der entsprechenden Dublin-Verordnung im Jahr 2008. Letztes Jahr gingen 6113 Ersuchen beim Staatssekretariat für Migration eingegangen, wie die NZZ am Sonntag schreibt. Am meisten stammten aus Deutschland (2932) und aus Frankreich (1429). 2016 lag die Gesamtzahl der Rückübernahmegesuche an die Schweiz noch bei 4115, ein Jahr zuvor bei 3072. Wegen des steigenden innenpolitischen Drucks wenden mehr und mehr europäische Staaten das Dubliner Übereinkommen konsequent an. SDA

### Bundesratskollegen unterstützen Cassis

Bern. Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) hat gute Chancen, dass ihm der Gesamtbundesrat am Mittwoch grünes Licht gibt für einen Neuanfang der Verhandlungen über einen Rahmenvertrag mit der EU. Wie die SonntagsZeitung berichtet, hiess der Europa-Ausschuss im Bundesrat - bestehend aus Cassis, Simonetta Sommaruga (SP) und Johann Schneider-Ammann (FDP) – die Strategie des FDP-Bundesrats provisorisch bereits gut. SDA

## SVP für «No Billag», CVP und Grünliberale dagegen

Klare Abstimmungsergebnisse an den Delegiertenversammlungen der drei Parteien

Bern. Die SVP Schweiz sprach sich am Samstag für die No-Billag-Initiative aus. Die Delegierten in Confignon GE empfahlen die Initiative, über die am 4. März abgestimmt wird, mit 239 Ja gegen 17 Nein bei fünf Enthaltungen deutlich zur Annahme. An vorderster Stelle übte der Weltwoche-Chefredaktor und Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel Kritik an der SRG. «Die Billag-Gebühren sind Gift für die Schweizer Medienlandschaft», sagte Köppel vor den Delegierten.

Weil sie am Staatstropf hänge, denke die SRG auch wie der Staat, hielt der Zürcher Nationalrat fest. Landesweit sei es heute problemlos möglich,

das Informationsbedürfnis mit privaten Pressezeugnissen und elektronische Medien in allen Landessprachen abzudecken.

### Verweis auf USA und Italien

Ganz anders klang es an der Delegiertenversammlung der CVP in Bern. Die Initiative gefährde den nationalen Zusammenhalt, sagte Nationalratspräsident Dominique de Buman und warnte vor einer Zerschlagung der SRG. «Die verschiedenen Sprachregionen brauchen eine ausgewogene Information in ihrer eigenen Sprache.»

Die von den Initianten angestrebte Kommerzialisierung der Medienland-

schaft würde dazu führen, dass finanzkräftige Investoren noch mehr Macht im Schweizer Medienmarkt erhielten. Diesen, oft ausländischen, Investoren gehe es nur darum, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. «Eine Situation wie in den USA oder in Italien wünsche ich mir für unser Land nicht», sagte de Buman. Mit 248 zu 12 Stimmen bei zwei Enthaltungen fassten die Delegierten der CVP die Nein-Parole zur Vorlage.

Auch die Grünliberalen wollen von der No-Billag-Initiative nichts wissen: Mit 113 zu 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen beschlossen die Delegierten der GLP die Nein-Parole. SDA

## Soll das Volk über neue Kampfjets abstimmen?

Bundesrat Guy Parmelin (SVP) will sich noch nicht festlegen

Bern. Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) von Bundesrat Guy Parmelin (SVP) befasst sich derzeit mit der Frage, ob das Volk über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge befinden soll. Es gebe drei Möglichkeiten, sagte Parmelin in einem Interview mit der SonntagsZeitung und Le Matin Dimanche: das normale Verfahren für Rüstungsbeschaffung ohne Referendumsmöglichkeit, die Herbeiführung einer Referendumsmöglichkeit durch einen Planungsbeschluss oder eine Änderung des Militärgesetzes.

Man fürchte sich nicht vor einer Abstimmung, sagte Parmelin zu den Zeitungen. Es gebe aber eine gewisse Skepsis gegenüber der Idee, ein Rüstungsgeschäft dem Referendum zu unterstellen. Das Schweizer System kenne kein Finanzreferendum. «Es ist fragwürdig, nur einzelne Finanzgeschäfte einer Volksabstimmung zu unterstellen, andere nicht», sagte der Bundesrat. Das gelte auch für den Olympiakredit. Die bestehenden Regeln sagten, dass Rüstungsgeschäfte nicht dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssten: «Die Gripen-Vorlage

war eine Ausnahme, nicht die Regel», sagte Parmelin.

Anfang November 2017 legte der Bundesrat für Kampfjets und Fliegerabwehr einen finanziellen Rahmen von acht Milliarden Franken fest. Über die Anzahl Flugzeuge und deren Hersteller wurde noch nicht entschieden. Im Mai stellte eine Expertengruppe des Bundes verschiedene Varianten für die Kampfjet-Beschaffung vor. Die Kostenpunkte bewegten sich zwischen 5 und 18 Milliarden Franken. Mit den 8 Milliarden Franken einigte sich der Bundesrat auf einen Mittelweg. SDA